



Solidarität hilft siegen!

ROTE HILFE

3.Jg. Nr.4

Mai 1975

50 Pfennig

IN DER KRISE WÄCHST DER WIDERSTAND GEGEN DIE AUSBEUTER - DER STAATSPARAT MARSCHIERT AUF

Arbeitereinheit gegen "innere Sicherheit"



Bild: Die neue Tränengaswaffe der Polizei (Pfeil) im Einsatz gegen Demonstranten in Hannover.

Die SPD - seit der Weimarer Republik erfahren im gleichzeitigen Hantieren mit staatlicher Aufrüstung und sozialer Demagogie - hatte als erste die Zeichen der Zeit erkannt und trat 1969 an, um den "demokratischen Rechtsstaat" zu schützen, angeblich vor Kriminellen. Doch schon

Je unsicherer die Zukunft der Werktätigen wird, je klarer sich in der Arbeiterklasse die Erkenntnis durchsetzt, daß es keine grundlegende und dauerhafte Verbesserung ihrer Lage gibt, ohne das kapitalistische System der allseitigen Profitwirtschaft und staatlichen Unterdrückung revolutionär abzuschaffen - desto mehr muß die herrschende Klasse für ihre Sicherheit tun. Im Jargon der bürgerlichen Parteien und ihrer Presse nennt sich die Aufstellung immer stärkerer Polizeiverbände, die Ausbildung von Bundesgrenzschutz und Bundeswehr für den Bürgerkriegsfall, die militärische Ausrüstung der Polizei "Maßnahmen zur Inneren Sicherheit". Für die Arbeiterklasse bedeutet das alles andere als "mehr Sicherheit": So wie die Polizei unter Bismarck die Sozialisten jagte und besondere Gesetze schuf, wie die SPD den Hundertschaften im Blutmai 1929 den Feuer-frei-Befehl gab, wie die Faschisten den Terror gegen Millionen klassenbewußter Arbeiter bis in jedes Haus trugen, wie die Adenauer-Polizei 100 000 Kommunisten ins Gefängnis schleppte, gilt auch heute: Mit hunderten Millionen Steuergeldern, mit neuen Gesetzen, mit ausgebildeten Spezialtruppen, mit immer brutaleren "Verkehrs"kontrollen und sog. Fahndungen errichtet die herrschende Klasse den Schutzwall, der ihre Sicherheit garantieren soll; höchste Zeit für sie angesichts wachsender Kampferfolge der revolutionären Organisationen, angesichts der Massenproteste gegen Entlassungen und Arbeitslosigkeit, Lohnraub und Mietwucher, Umweltverseuchung und mangelnde medizinische Versorgung.

Willy Brandt konnte nicht erklären, warum er dazu 25 000 vollmilitärisch ausgebildete Bundesgrenzschutzsoldaten braucht, die seit 1972 in den Polizeilapparat eingegliedert und gegen den inneren Feind scharfgemacht wurden. Der westberliner SPD-Senat verteidigt die "Demokratie", indem

er die Volksmassen überwachen läßt: Nach faschistischem Vorbild brachte die Polizei "reform" den Werktätigen Blockpolizisten, die sich als "freundlicher Schutzmann um die Ecke" bei den Hauswarten nach Lebensgewohnheit und politischer Betätigung der Mieter und nach der "Stimmung" in den Häusern erkundigen. In NRW haben die auf den Todesschuß gedrillten Mobilen Einsatz- und Spezialkommandos der Polizei inzwischen eine Gesamtstärke von 1700 (!) Mann. (Forts. S. 2)

Stockholmer Überfall - Sicherheitsgeheul im Bundestag:

OHNE DIE ARBEITERKLASSE

Die Werktätigen fürchten den Anarchismus nicht, weil sich Aktionen wie in Stockholm nicht gegen sie richten. Aber sie verurteilen zu Recht den individuellen und kleinbürgerlichen Terror, weil er nichts hinterläßt als Aufrüstungsmaßnahmen des bürgerlichen Staatsapparats gegen die fortschrittlichen und revolutionären Kräfte.

Wo immer imperialistische Regierungen ihre volksfeindliche Politik betreiben, wird es einige unter ihren Gegnern geben, die den Weg des Massenkampfes verachten und sich für den individuellen Terror entscheiden. SPD und CDU können deshalb den Anarchismus nicht wirksam bekämpfen, sondern nur das eigene Land zur Polizeifestung machen - nicht um das Volk, sondern um sich selbst zu schützen vor dem Haß, den sie hervorgebracht haben.

Deshalb stimmen die Werktätigen nicht in das Sicherheitsgeheul der bürgerlichen Parteien ein.

Und daß - gerade im Gegensatz zum Kampf der indochinesischen Völker und den revolutionären Kämpfen in der BRD - die Perspektivlosigkeit des kleinbürgerlichen Anarchismus offenbar ist, wird die Arbeiterklasse nicht aufhalten im Kampf gegen die Aufrüstung des bürgerlichen Staatsapparats unter dem Mantel der "Solidarität aller Demokraten!"

(Zum Prozeß gegen die RAF in Stammheim s. Bericht S. 5)

Einer arbeitet für zwei AUFSCHWUNG ?

Je lauter es kracht im Gebälk der kapitalistischen Profitwirtschaft, umso dreister werden die Wahlparolen der bürgerlichen Parteien: "Wählen Sie den politischen Frühling" (CDU), "Wählen Sie den Aufschwung" (SPD). Jede Schwankung in der Arbeitslosenzahl wird zum Signal des Aufschwungs hochstilisiert - vom Elend der über 1 Million Arbeitslose ist keine Rede. Angesichts einer Verminderung der Arbeitslosenzahl um 5,9% läßt die SPD-Regierung verlauten, ihr Konjunkturprogramm habe eine "klimatische Wirkung" (?) auf dem Arbeitsmarkt entfaltet. Die CDU winkt schadenfroh ab: Es sei noch eine "längere Durststrecke" bis zum Aufschwung durchzustehen.

Und wenn er eines Tages kommen sollte, der "Aufschwung" - was haben die Werktätigen davon zu erwarten?

Das regierungstreue "IFO-Institut" für Wirtschaftsforschung meldete für März: 1. Allmählich zeichne sich der Tiefpunkt der industriellen Produktion ab.

2. Dennoch werde die Industrieproduktion im Jahresdurchschnitt 1975 um einige Prozente niedriger sein als im Vorjahr.

3. Auch bei einem Wiederanstieg der gesamtwirtschaftlichen Produktion werde zunächst die Beschäftigtenzahl eher noch sinken.

So also soll er aussehen, der "Aufschwung" Die Kapitalisten weiten ihre Produktion wieder aus, die D-Mark rollt, aber die Belegschaften werden verkleinert, es wird gadenlos rationalisiert nach der Devise "Einer arbeitet für zwei". Unprofitable Betriebszweige und kleinere Unternehmen werden dichtgemacht. Bei VW werden 25 000 Arbeitsplätze "eingespart". Eugen Loderer (IGM-Vorsitzender und zugleich stellvertretender Vorsitzender des VW-Aufsichtsrats) reicht den Löffel Zucker zur bitteren Medizin: den "unumgänglichen Beschäftigungsabbau zeitlich strecken".

Die meisten Kollegen wissen: Sie tragen die Last der Krise, während der Betrieb zum Nutzen der Kapitalisten "gesundra-tionalisiert" wird. Viele Kollegen wissen auch, daß es in den sozialistischen Ländern wie der VR China Arbeitslosigkeit und Teuerung nicht gibt, weil Rationalisierung in den Betrieben die Preise der (Forts. S. 2)

INDOCHINA Wer Wind sät, wird Sturm ernten

Phnom Pen ist befreit. Die US-hörige Lon Nol-Clique ist vertrieben. Mit Jubel wurden die Befreiungskämpfer von der kambodschanischen Bevölkerung empfangen. Begeisterung und Freude herrschen in der Hauptstadt.

Theu mußte gehen und es ist nur noch eine Frage der Zeit, wann alle Marionetten aus Saigon abziehen. Erst dann wird der Weg zur Verwirklichung des Pariser Friedensabkommens frei sein, frei für das brennende Interesse des vietnamesischen Volkes, frei von imperialistischer Unterdrückung, frei für die nationale Wiedervereinigung und den Aufbau des sozialistischen Gesellschaftssystems.

In Laos macht die neudemokratische Revolution auf der Grundlage des Vientianer Abkommens große Fortschritte. Trotz aller Versuche seitens der USA-Imperialisten, die ultra-reaktionäre Clique um Sissou Ne Champassak zu stabilisieren. Immer enger schließen sich die Laoten aus allen Klassen und Schichten des Volkes um die revolutionäre Führung, die Neo Lao Haksat, zusammen.

All dies beweist: Der Niedergang der USA-Imperialisten in Indochina, die über ein Jahrzehnt für ihre wirtschaftlichen und politischen Interessen die Völker dieser Länder mit dem grau-samsten Krieg überzogen, steht endgültig bevor. Ihre Zeit der uneingeschränkten Aggression, Einmischung, Ausbeutung und Unterdrückung in Südost-Asien ist vorbei!

Die Völker der Dritten Welt, voran die indochinesischen Völker durch ihren Volkskrieg, haben aller militärischer Übermacht der USA-Imperialisten zum Trotz gezeigt, daß keine noch so starke imperialistische Macht unbesie-gbar ist. Denn Menschen, nicht Waffen entscheiden: Der 30-jährige Volkskrieg der Vietnamesen orientiert sich nicht an militärischer Doktrin, ihr Krieg ist kein Eroberungsfeldzug, sondern das gesamte Volk erhob sich gegen die USA-Imperialisten, um mit allen politischen Kräften im Lande um Demokratie, Freiheit, Unabhängigkeit und die nationale Wiedervereinigung zu kämpfen.

(Forts. S. 7)



Befreiungskämpfer mit US-Kriegsmaterial



US-Botschafter Dean flüchtet mit der Flagge

Schützt die revolutionäre Presse S. 3
Kein Urteil gegen die RAF S. 4
Wem nützt der Prozeß gegen die RAF? S. 5
Faschistischer Terror in Italien S. 6
Dokumentation: Angriffe auf RA Gildemeier S. 8

FORTE: EINER ARBEITET FÜR ZWEI

Produkte senkt und freigewordene Arbeitskräfte neue Betriebe aufbauen, Wohnungen, Krankenhäuser - kurz alles, was das Volk braucht.

Aber sie zweifeln, ob die Volksmassen in Deutschland den revolutionären Umsturz erkämpfen können. Und solange dieser Zweifel bleibt, bleibt auch die unbegründete Hoffnung, daß es im Kapitalismus morgen wieder besser geht. Kollege! Im Arbeitslosenkomitee, in der ROTEN HILFE, in der revolutionären Gewerkschaftsbewegung wirst Du Arbeitern und Werktätigen begegnen, die Deine Zweifel klären. Sie haben im täglichen Kampf und aus dem Erfahrungen der Klassenkämpfe die Überzeugung gewonnen: Im Kapitalismus ist die Arbeiterklasse nie "über den Berg"; zur Wahl steht nur die Fortsetzung und Verschärfung von Schweißauspressung und Verelendung - oder der Zusammenschluß der Arbeiter und des Volkes für die sozialistische Revolution. An der Seite dieser Kollegen ist Dein Platz!

Voran im praktischen Kampf für die Lebensinteressen der Arbeiter und Arbeitslosen, voran zur Verwirklichung des 9-Punkte-Programms gegen die Arbeitslosigkeit! Einheitsfront der Arbeiterklasse gegen Krisenwirtschaft und politische Unterdrückung - Vorwärts in der ROTEN HILFE!

Ortsgruppe Aachen berichtet:

NACHBARN SOLIDARISCH MIT ARBEITLOSEM KOLLEGEN

Was Arbeitslosigkeit bedeutet, wurde wieder einmal deutlich an der Situation, in der sich die Familie Fleischer in der Hüttenstraße befand: Gerhard Fleischer ist seit einem Jahr arbeitslos. Er erhält monatlich 630,-DM einsch. Kindergeld und muß davon eine vierköpfige Familie ernähren - ein Betrag, der gerade reicht, um nicht zu verhungern! Kurz vor Ostern erhielt er einen Strafbefehl von 90,-DM, weil er als Fußgänger einen Unfall zwischen 2 Autos verursacht hatte - eine "Straftat", die jedem passieren kann. Falls er die Summe nicht innerhalb einer Woche zahle, sollte er für 3 Tage ins Gefängnis! Die Frage, woher ein Arbeitsloser in einer Woche 90,- nehmen soll, haben sich die Herren Richter natürlich nicht gestellt!

Nachdem sich Gerhard Fleischer an die ROTE HILFE gewandt hatte, konnten wir zu nächst dafür sorgen, daß die Frist verlängert wurde. Wir haben dann in der Nachbarschaft Geld gesammelt und mit den Leuten über die Ursachen der Arbeitslosigkeit diskutiert; ebenso im Ostviertel. Das Ergebnis ist ein Erfolg der Klassenolidarität: In einer Woche kamen 86,60DM zusammen. Das Geld wurde von Arbeitern und Werktätigen gespendet, die für ihr Geld schwer arbeiten müssen oder gar selbst arbeitslos sind, die aber wissen: Wir müssen gegen die Bonzen zusammenhalten.

Jetzt kämpfen wir um einen Arbeitsplatz für Gerhard, der in seinem gelernten Beruf - Filmvorführer - keine Arbeit mehr bekommt, weil dort Studenten als billige Arbeitskräfte angestellt werden. Eine Umschulung lehnte das Arbeitsamt ab, weil Gerhard zu alt sei (53)! Wir müssen verhindern, daß ältere Leute einfach aufs Abstellgleis geschoben werden. Mit den Nachbarn und Kollegen werden wir das Arbeitsamt zwingen, G. Fleischer einen anderen Beruf erlernen zu lassen!

G. Fleischer hat erkannt: Wer keinen Profit mehr bringt, wird entlassen. Das ist das Gesetz des Kapitalismus. Die Arbeitslosigkeit wird erst im Sozialismus beseitigt, wenn die Arbeiterklasse die Macht hat. Im Arbeitslosenkomitee, das von der ROTEN HILFE und der KPD initiiert wurde, arbeiten und kämpfen Gerhard und seine Tochter jetzt mit.

IMPRESSUM

Verantw. i. S. d. Pr. ges.: R. Pohl,
5 Köln 30, Gumprechtstr. 6
Hrg.: Zentralvorstand d. ROTEN HILFE
5 Köln 30, Gumprechtstr. 6

FORTE: Arbeiterarbeit gegen innere Sicherheit

Die SPD erwies sich auch im Management dieser Armeen als so erfahren wie es die Interessen des Monopolkapitals erforderten: Entgegen der "kleingeistigen" bundesstaatlichen Borniertheit der CDU stärkte sie die Kommandozentralen des staatlichen Gewaltapparats: Jährlich aufwendige Etatserhöhungen für das Bundesamt für Verfassungsschutz und das Bundeskriminalamt, dessen Personalstärke bis 1976 erneut um 1/3 auf über 3000 Stellen erweitert wird.

Arbeiter, wo hat Dich der "demokratische Rechtsstaat" geschützt? Etwa im Metallstreik 1973, als Du mit Zehntausenden Kollegen um den Lohn kämpfen mußtest? Zerschlagen haben sie die Streiks als NRW-Innenminister Weyer die Polizeihundert-schaften bei Ford/Köln, Philips/Aachen, in Lippstadt und Pterburg die Betriebe stürmen ließ. Oder im westberliner Arbeiterviertel Kreuzberg, wo die Polizei sich hinter Stacheldraht in dem Gebäude verschanzte, wo die Werktätigen für ihre Kinder eine Poliklinik forderten? Oder in Wyhl, wo die Bevölkerung mit Wasserwerfern von dem Grundstück des geplanten Atomkraftwerks weggetrieben wurde? Auch die Polizisten, die durch Dein Wohnviertel streifen, haben Dir nicht mehr Sicherheit, sondern mehr Bedrohung gebracht: Nach dem Mannesmann-Arbeiter in Duisburg, dem Lehrling Erich Dobhardt in Dortmund, nach Günther Jendrian in München und Hans-Jürgen Remiszko in Mannheim haben schießwütige Polizisten jetzt in Köln Manfred Rohs ermordet - mitten in einer Arbeitersiedlung. Alle diese Verbrechen haben nur einen Grund: Furcht steckt in den Knochen der Kapitalisten, wenn sie die Volksmassen kämpfen sehen, weil sie nur wenige gegen die Millionen sind, die sie ausbeuten. Jetzt in der Krise, wo Reformversprechen Gelächter und Pfiffe in den Betrieben ernten, wo Bundeskanzler Schmidt sich in demagogischen Phrasen dahin versteigen muß, wir seien "noch nie so frei" gewesen, soll sich der Unterdrückungsapparat bewähren.



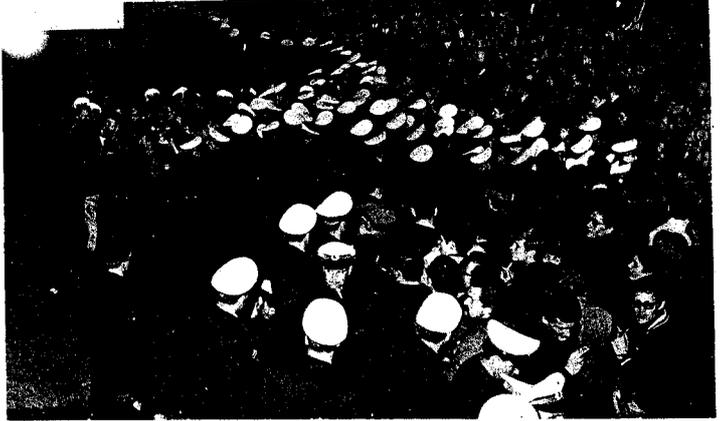
Wyhl: Die Bevölkerung durchbricht den Stacheldraht und vertreibt die Polizei.

Die Polizei schüchert ein - aber sie schürt auch die Empörung und den Zusammenschluß der Unterdrückten. Die Vertreibung von 1000 Polizisten in Wyhl mit Trak-

ANKLAGE: WIDERSTAND GEGEN POLIZEI

In Westberlin will die Klassenjustiz die Arbeiter Herbert Marks und Dieter Hänisch mit hohen Strafen aburteilen, weil sie gegen brutale Polizeieinsätze Widerstand geleistet haben sollen.

Herbert Marks kämpfte mit den Kreuzbergern für eine Kinderpoliklinik. 2 Kinderärzte für 12000 Kinder; 3 Kinder in Kreuzberg sind in letzter Zeit gestorben, weil sie nicht rechtzeitig medizinisch versorgt wurden! Die Kreuzberger Bevölkerung war nicht bereit, sich in ihrem Kampf von der Polizei Kundgebungen und Demonstrationen verbieten zu lassen. Herbert wurde bei der Propagandaarbeit festgenommen. Bei ihm gefundene Glamurmeln - die dazu nützlich sind, Pferde der Reiterstaffeln scheu zu machen, wenn sie vor den Pferden auf dem Pflaster kullern - sind in den Augen des Staatsanwalts "Mordwaffen". Menschen, die ihre Lebensrechte und ihr Recht auf Mel-



6 Jahre SPD-Regierung - 6 Jahre Aufrüstung und Drill



1974: Polizei gegen Fahrpreisdemonstration in Frankfurt (links); 15. 4. 1975: Polizist bei "Verkehrskontrolle" auf der BAB bei Köln am "Bundesfahrdungstag" (rechts)

toren und Dreschflegeln, die Massenbesetzung des Nato-Flughafens bei Nordhorn, die Straßensperren in Neckarsulm zeigen, daß die Volksmassen bei der Verteidigung ihrer unmittelbaren Lebensinteressen vor dem Polizeiapparat nicht zurückweichen, sondern ihn als Feind bekämpfen.

Zwar erkennen viele Betroffene in den Polizeitruppen und ihrem Führungsapparat noch nicht die Speerspitze eines systematisch aufgebauten Unterdrückungsapparats, dessen Methoden von der Entlassung im Betrieb, den Berufsverbote für hunderte von Lehrern, den Gewerkschaftsausschlüssen gegen klassenbewußte Arbeiter über den Ausschluß von Öffentlichkeit und Verteidigern in Strafprozessen bis zum Verbot von Propagandaständen und Flugblättern durch die Stadtverwaltungen reichen. Bleiben die Tageskämpfe aber vereinzelt, ohne Perspektive in den Grenzen der parlamentarischen Abweglei, der Hoffnung auf eine morgen vielleicht doch wieder gesicherte Existenz im Kapitalismus stecken, so werden sie morgen zerschlagen sein oder im Sande verlaufen. Viele Bürgerinitiativen sind diesen Weg gegangen genauso wie für die DKP der Polizeiterror nicht einmal Grund zum Protest ist, geschweige denn zum Kampf gegen das kapitalistische System, das seine Pfünde und seine Herrschaft nur so

erhalten kann.

Angesichts der Verschärfung der Klassenkämpfe wächst jedoch der Einfluß der revolutionären Organisationen unauffällig. Auch mit einer Prozeßflut gegen die revolutionäre Presse wegen "Verunglimpfung von Staatsorganen" usw., mit den Vorschlägen, neue Gesetze gegen die revolutionäre Propagandaarbeit zu schaffen ("Volksverhetzung"), mit dem Gesetzentwurf zur Belohnung von Spitzeln und Verrätern in revolutionären Organisationen mit Straffreiheit und bis zu 1 Million DM ist die tiefe Verankerung der KPD, der ROTEN HILFE und anderer revolutionärer Organisationen nicht aufzuhalten.

Insbesondere die Polizeimorde an Arbeitern und Werktätigen haben nicht nur Empörung ausgelöst, sondern viele der Angehörigen, Kollegen und Nachbarn haben sich danach revolutionär zusammengeschlossen. Nachdem in Köln-Kalk nach der Ermordung von Manfred Rohs auf einer Veranstaltung viele Kalker von ihren Erfahrungen mit der Polizei berichtet hatten, nachdem die ROTE HILFE und die KPD an vielen Beispielen die systematische Aufrüstung und den umfassenden Einsatz der Polizei zum Schutz der herrschenden Klasse nachgewiesen hatten, haben viele der Anwesenden erkannt, daß der einzige Ausweg der Kampf für ein sozialistisches Gesellschaftssystem in Deutschland ist. Und sie haben in Kalk den praktischen Kampf aufgenommen. Am 3. April sagte der Onkel von Manfred Rohs noch gegenüber dem Kölner Stadtanzeiger: "Wir sind gut katholisch und hätten uns nie an die Kommunisten gewandt. Die sind von sich aus gekommen und wir wollten eigentlich auch nichts davon wissen. Aber trotzdem - was die schreiben, entspricht der Wahrheit." Die Erfahrungen, die er in den Wochen seitdem im Kampf gewonnen hat, faßte er auf einer Kundgebung in Köln zusammen, als er für die Landtagswahlen am 4. Mai zur Wahl der KPD aufrief.

Diesen Weg muß jeder Arbeiter gehen. Durch den Zusammenschluß mit Kollegen und Nachbarn in der ROTEN HILFE müssen sich die Werktätigen selbst gegen Polizeiüberfälle und tägliche Schikanen durch schwerbewaffnete Polizisten schützen! GEGEN KRISENWIRTSCHAFT UND POLITISCHE UNTERDRÜCKUNG - FÜR DIE SOZIALISTISCHE DEUTSCHE REPUBLIK!

SCHÜTZT DIE REVOLUTIONÄRE PRESSE!

In diesen Wochen häufen sich die Prozesse gegen presserechtlich Verantwortliche von revolutionären Zeitungen und Flugblätter. So wurde Uwe Carstensen, verantwortlich für die INTERNATIONALE SOLIDARITÄT, der Zeitung der Liga gegen den Imperialismus im April zu 7500.-DM Geldstrafe verurteilt, Christian Semler, ehemals verantwortlicher Redakteur der ROTEN FAHNE, Zentralorgan der KPD wird am 29. 4. vor Gericht geholt.

Gegen Roman Pohl, presserechtlich verantwortlich für unsere Zeitung laufen inzwischen ein gutes Dutzend Ermittlungsverfahren und häufen sich Strafbefehle zwischen 600.- und 1 000.-DM. Der erste Prozeß ist auf den 4. 6. angesetzt.

Diese insgesamt sicher über 100 Verfahren gegen revolutionäre Presseerzeugnisse und ihre Verteiler sollen die revolutionäre Agitation und Propaganda einschränken, den hohen Druck- und Materialkosten noch die enormen Prozeß- und Strafkosten hinzu fügen und einzelne Genossen, die gesamte revolutionäre Presse immer mehr kriminalisieren. So beschränkte sich der Staatsanwalt im letzten Prozess gegen Uwe Carstensen nicht mehr auf bestimmte "beleidigende" Äußerungen, sondern erklärte: "Alle Äußerungen von Ihnen sind kriminell, das ganze Flugblatt. Dafür haben wir schließlich die Strafgesetze."

Im letzten Strafbefehl gegen Roman Pohl wird fast das gesamte Flugblatt, das über den terroristischen Polizeieinsatz in Hamburg gegen diejenigen, die gegen die Fahrpreiserhöhungen bei den Städtischen Verkehrsbetrieben demonstrierten, berichtet, als "strafbarer Inhalt" zitiert und mit 600.-DM Strafe belegt. Die Angriffe der Klassenjustiz sind dort besonders heftig, wo Polizeiterror und Polizeimorde angeprangert werden.

Der Paragraph 90a),

("Verunglimpfung der Bundesrepublik"), der Strafen bis zu 3 Jahren Gefängnis vorsieht, kommt dabei immer mehr ins Spiel.

WESHALB DIESE ANGRIFFE AUF DIE REVOLUTIONÄRE PRESSE?

Die ROTE HILFE ZEITUNG ist eine revolutionäre Zeitung. Sie organisiert die Klassensolidarität nach den folgenden Prinzipien:

- Sie nimmt in allen Fragen den Standpunkt der Ausgebeuteten und Unterdrückten ein, verbreitet darum die Wahrheit!
- Sie ruft auf zum Widerstand, leitet den organisierten Kampf für die Lebensinteressen der Werttätigen an.
- Sie faßt die Erfahrungen der Massen zusammen, schätzt ihre Siege und Niederlagen ein und vertieft die Wirklichkeit anhand der revolutionären Theorie.
- Sie Propagiert den Sozialismus.

DIE WAHRHEIT IST REVOLUTIONÄR!

Die RHZ berichtete in der April-Nr. über den siegreichen Kampf der Völker Indochinas. Die plumpen Lügen der bürgerlichen Presse über die "Abstimmung mit den Füßen gegen den Kommunismus" gestörten in diesen Wochen durch alle bürgerlichen Blätter. Auf einmal hatten die Befürworter eines Jahrzehnte dauernden Völkermord ihr Herz für die "Flüchtlinge" entdeckt. Wer aber prangerte die Lügen der Bourgeoisien aller Länder vom Terror der Kommunisten" an? Wer setzte ihrer Hetze die Wahrheit entgegen? Wer zieht Konsequenzen aus dem Vormarsch der Völker der Dritten Welt gegen die beiden Supermächte, USA-Imperialismus und sowjetischer Sozialimperialismus? Die revolutionäre Presse!

In den Flugblättern der ROTEN HILFE und der KPD, in einem Artikel in der letzten RHZ prangerten wir den Polizeimord an Manfred Rohs in Köln an. Demonstrationen und Kundgebungen dazu wurden polizeilich unterdrückt. Aber die Verwandten und Kollegen von Manfred Rohs haben in unseren Artikeln die Wahrheit erkannt. So erklärte sein Onkel gegenüber dem Kölner Stadtanzeiger: "Wir sind gut katholisch und hätten uns nie an die Kommunisten gewandt. Die sind von sich

aus gekommen und wir wollten eigentlich auch nichts davon wissen. Aber trotzdem was die schreiben entspricht der Wahrheit."

ORGANISIERTER WIDERSTAND

Die Kampfschritte, die nach dem Mord an Manfred Rohs in den Flugblättern und in unserer Zeitung gegen den Polizeiterror entwickelt wurden haben eine Reihe von Verwandten,

Kollegen und Nachbarn längst zusammengeschlossen. Es wird die Forderung nach der Bestrafung der Schuldigen erhoben. Die Polizei ist verhaftet in der Siedlung. Jeder Überfall auf die Agitation des Komitees isoliert sie noch mehr. Die Arbeiter fragen: Wie schaffen wir uns die Bedrohung durch die Polizei endlich vom Hals. Sie fragen nach dem Sozialismus, nehmen den umfassenden Kampf gegen die Diktatur der Bourgeoisie auf.

Broschüre der ROTEN HILFE zum Kampf gegen § 90a erschienen. 20 S. A-5 -,-50 DM

Vertrieb: 5 Köln 30, Gumprechtstr. 6

DIE REVOLUTIONÄRE THEORIE HILFT SIEGEN!

Korrespondenz über das Schicksal eines jugoslawischen Gastarbeiters, dessen Gesundheit in der Fabrik erschlossen wurde mit dem Ergebnis, daß er als Krüppel ausgewiesen werden sollte. Ein Schicksal unter ungezählten. Entsprechend den langen Erfahrungen der Arbeiterklasse unseres Landes und des Befreiungskampfes aller Völker der Welt zog der Korrespondent die einzig richtige Schlussfolgerung: Er schreibt: "Bei allen Entscheidungen ist es legal und gemäß den Gesetzen zugegangen. Es handelt sich nicht um Willkür, sondern um einen Regelfall, um ein Beispiel, wie es heute vielen tausenden Arbeitern in der BRD ergeht. Die Konsequenz kann deshalb nur sein: die Arbeiterklasse muß sich über die Legalität hinwegsetzen. Jeder klassenbewußte Arbeiter muß wissen: ebensowenig wie eine neue Gesellschaftsordnung in der BRD, der Sozialismus, ohne revolutionäre Gewalt erkämpft werden kann, können die täglichen Lebensbedürfnisse des Prole-

tiariats im Rahmen der Legalität abgesichert werden. Deshalb müssen wir kämpfen, Druck ausüben und notfalls direkte Gewalt anwenden, um das uns zustehende zu erhalten."

Welche bürgerliche Zeitung hätte diesen Leserbrief zugelassen? Sie hätten ihn wegen "Verherrlichung von Gewalt" abgelehnt. Wir sagen dagegen: Es ist eine Erfahrung der Arbeiterklassen aller Länder, daß ihre Unterdrücker niemals friedlich weichen! Wir führen in unserer Zeitung einen scharfen ideologischen Kampf mit allen reformistischen und revisionistischen Organisationen, die die Erfahrungen der Arbeiterbewegung leugnen und den Frieden mit der Bourgeoisie predigen.

FÜR DEN SOZIALISMUS!

Unser Kampf hat ein konkretes Ziel: die Errichtung des Sozialismus. Nur wenn die Arbeiterklasse an der Macht ist, wird die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen ein für alle mal beendet, beschränkt

sich die Unterdrückung auf die wenigen, die sich weiter auf Kosten anderer bereichern wollen. Der Aufbau des Sozialismus in China und Albanien, die Erfahrungen der Volksmassen bei der eigenständigen Entwicklung von Kultur und Produktion, die völlige Umwälzung des Denkens und Handelns der Menschen im Sozialismus weg vom Eigeninteresse zum gemeinsamen Nutzen - welche bürgerliche Zeitung kann anders, als mit Haß und Dummheit darüber zu hetzen. Für die Arbeiterklassen aller Länder für die Völker der Welt sind die sozialistischen Staaten aber Leuchtturm auf dem schwierigen Weg der Befreiung.

Deswegen berichtet die revolutionäre Presse über den siegreichen Kampf in China und Albanien und was wir davon lernen können.

Die revolutionäre Presse ist wie Lenin es nannte kollektiver Propagandist und Agitator und darüber hinaus ein kollektiver Organisator der Arbeiterklasse. Weil wir in unseren Flugblättern und in der RHZ diese Aufgaben ernst nehmen, weil es uns gelingt, Menschen mit unserer Presse gegen

Die ROTE HILFE-ZEITUNG soll aus den Angriffen der Klassenjustiz nicht geschwächt, sondern gestärkt hervorgehen! Darum haben wir uns vorgenommen: Wir wollen unsere Zeitung verbessern, wir wollen daß sie das Massenblatt aller Ausgebeuteten und Unterdrückten wird, eine scharfe Waffe der Klassensolidarität. Darum rufen wir alle Leser der RHZ, alle Genossen der ROTEN HILFE, die die RHZ unter den Massen vertreiben auf:

LASST ALLE EUREN REVOLUTIONÄREN KENNNTNISSE IN DIE RHZ EINFLIEßEN - STÄRKT DURCH EURE KRITIK EURE ZEITUNG!

Die Redaktion der RHZ hat beschlossen, einen **Korrespondenten-Wettbewerb** auszuschreiben.

- Jeder, der gegen Ausbeutung und Unterdrückung kämpft, ist zur Teilnahme aufgerufen!
- Berichtet, wie Euch die RHZ eine Hilfe im täglichen Kampf ist
 - Schreibt, warum die Werktätigen unsere Zeitung schätzen, die Bourgeoisie unsere Zeitung haßt.
 - Äußert frei Eure Kritik und macht Vorschläge.

Die Redaktion wird zu allen Zuschriften und Korrespondenzen Stellung nehmen. Gemeinsam mit dem Genossen der Kölner Ortsgruppen der ROTEN HILFE werden die 3 besten ausgewählt und in der Juli-Ausgabe der RHZ veröffentlicht. Einsendeabluß ist darum der 20. Juni. Dem Verfasser der besten Korrespondenz winkt ein **PREIS**. Eine zeitgenössische Ausgabe des revolutionären Arbeiterromans "Brennende Ruhr" von Karl Grünberg aus dem Jahre 1926!

Kein Urteil gegen die PEF!

In der März-Nummer der RHZ berichteten wir über die vier türkischen Revolutionäre, Angehörige der Patrioticen Einheitsfront der Türkei, die seit nunmehr einem Jahr in Köln-Ossendorf einsitzen. Ein Prozess wegen Zugehörigkeit zu einer "kriminellen Versammlung" steht bevor.

Seitdem führten wir in Köln eine Solidaritätsdemonstration mit großem Erfolg durch. Obwohl sich nur ca. 150 Menschen beteiligten, war sie geprägt von Kampfschlossenheit und Begeisterung. Die türkischen Arbeiter, durch deren Wohnviertel wir marschierten, drückten ihre spontane Solidarität durch Geldspenden und Beifall aus. Besonders die Rede des Genossen Daygeli fand großen Anklang. Es wurden entlang der Demonstration 70.-DM für die Haft-hilfe gesammelt.

Eine ROTE HELFERIN berichtet dazu: "Als wir durch die Annostraße zogen, wo fast nur ausländische Arbeiter wohnen, ließen uns die Kinder der Kollegen begeistert voran. Ich selbst ging mit einer Sammelbüchse zu den Häusern und Fenstern, wo die türkischen Männer und Frauen- demonstration zuschauten. Es gab kaum eine Familie, die nicht von ihrem wenigen Geld 10 Pfg., 50 Pfg. oder eine DM gespendet hätte. Nirgends stieß ich bei den türkischen Kollegen auf Ablehnung."

Auf der anschließenden Veranstaltung wurde nach einem Bericht des Genossen Daygeli sehr lebhaft über weitere Unterstützungsmaßnahmen für die inhaftierten Genossen diskutiert. Der KPD-Landtagskandidat Uwe

Carstensen erklärte sich spontan bereit, einen Antrag auf Besucherlaubnis für den Genossen Ömer Üzerturgut zu stellen. Die Zelle der KPD bei Ford versicherte ihre Unterstützung und wird zur Organisation der Solidarität unter den Kollegen im Betrieb ein Solidaritätskomitee gründen. Wir rufen auf: Übernehmt eine Patenschaft für einen der Gefangenen! Vertreibt die Protestpostkarten! (Erhältlich bei allen Ortsgruppen in NRW und beim Landesvorstand NRW)

Besucht die **VERANSTALTUNGEN** mit den Genossen Daygeli und Kunzelmann, die im Mai in NRW durchgeführt werden. Genosse Daygeli wird über Verfolgung der PEF durch den westdeutschen Staatsapparat berichten. Genosse Kunzelmann wird berichten, wie wir die Gefangenen Revolutionäre unterstützen können, damit es der Bourgeoisie nicht gelingt, sie aus unseren Reihen herauszubrechen. Köln: 14.5. Aachen: 10.5. Bochum: 11.5. Bielefeld: 13.5. Dortmund: 9.5.

Prozeß gegen Baha Targün

Um vor dem Prozeß gegen die Mitglieder der PEF erneut ein Klima der Hetze gegen die türkischen Arbeiter zu schaffen, hat die Klassenjustiz jetzt den Prozeß gegen Baha Targün angesetzt, dem sie vorwirft, einen reichen türkischen Kaufmann, der durch seine Ausbeutergeschäfte vielen türkischen Kollegen bekannt ist, erpreßt zu haben. Kommt zum Prozeß: 29.4., 5.7., 9.13., 15.5. Landgericht Köln, Saal 234, jeweils 9.15 h

Jedes Jahr finden hunderte von Prozessen statt, in denen fortschrittliche und revolutionär gesinnte Menschen vor Gericht stehen, weil sie durch Flugblattverteilen, durch öffentliche Stände, durch Verkauf revolutionärer Zeitungen, durch Unterschriftensammlungen, durch Kundgebungen und Demonstrationen hunderte von Fällen des Klassenunrechts in der BRD und Westberlin aufgegriffen und die Verantwortlichen im Staatsapparat angegriffen haben. In einem Meer von Strafbefehlen - meist einige hundert Mark - will die Klassenjustiz die Propaganda ersticken. Mit dem nachfolgenden Bericht eines Angeklagten aus einem solchen Prozeß wollen wir dazu beitragen, daß jeder, der einen Strafbefehl erhält, sich richtig dagegen zur Wehr setzen kann. Das Ziel: Jeder Prozeß muß ausgenutzt werden, um neue revolutionäre Propagandisten zu organisieren. Der Schein vor Gericht ist trügerisch, die Einschüchterung oft noch erfolgreich - jeder Angeklagte muß in dem Bewußtsein, daß das Recht des Volkes auf seiner Seite ist, daß er die Anklage führt, den Prozeß zum Tribunal machen!

Ein Tribunal gegen Klassenjustiz und politischen Mordanschlag

Im Mai 1974 hatte der Landesverband West-Berlin mehrere Unterschriftensammlungen vor dem Gebäude des Justizsenators und dem Schöneberger Rathaus durchgeführt mit dem Ziel:

Bestrafung der Verantwortlichen für den Mordversuch an Katharina Hammer-schmidt! Bezahlung aller Arztkosten durch den Senat!

Vorausgegangen war die Verweigerung der ärztlichen Versorgung für die politische Gefangene Katharina Hammer-schmidt in der Frauenhaftanstalt Lehr-ter Straße in Berlin. Dadurch hatte sich im Winter 73 ein über faustgroßer bö-s-artiger Tumor in der Halsgegend gebil-det, der nicht mehr operiert werden kann. Erst nachdem Katharina schwere Erst-ickungsanfälle bekommen hatte, wurde ihr im Dezember 73 Haftverschonung ge-währt. Durch die Behandlung in einer Spezialklinik gelang es, das weitere Wuchern des Tumors aufzuhalten. Eine Heilung ist allerdings nicht mehr möglich. Anfang 1974 erhob sich eine breite Pro-estbewegung mit großen Veranstaltungen und einer Demonstration der ROTEN HILFE.

An zwei Tagen wurden die Unterschriftensammler von der Polizei festgenom-men mit der Begründung sie hätten die Bannmeile verletzt, indem sie "mit Plakaten demonstriert und Flugzettel verteilt" hätten. Es wurden Strafbefehle in der Höhe von 200 bis 500 DM aus-gestellt. Um diese Strafbefehle wurde

im März vor dem Schöffengericht ver-handelt.

Das Besondere des Prozesses war:

1. Die Konstruktion der Bannkreisver-letzung beim Sammeln von Unterschriften, obwohl das Bannmellengesetz nur "Aufzüge und Versammlungen" verbietet. Die Genossen hatten sich an dem Tag an einer Straßenecke innerhalb des Bann-kreises getroffen, um sich zu besprechen, wer zum Unterschriftensammeln an welche Ecke geht. Bevor sie anfangen konnten, wurden sie schon festgenommen.

2. Der Prozeß sollte ausdrücklich unpoli-tisch geführt werden. Der Staatsanwalt wies in den Akten ausdrücklich darauf hin, daß er Inhalt der Plakate ("versuch-ter Mord") nicht beleidigend sei! Das heißt natürlich nicht, daß hier einmal ein Staatsanwalt tatsächlich ausdrücken wollte, daß auf das Konto von Justiz und Polizei unzählige Morde, versuchte Morde, Körperverletzungen kommen, daß die Folterungen im Mannheimer Gefängnis, das menschenfeindliche Treiben des Tegeler Anstaltsarztes Dr Borz, die Ermordung von Günther Routhier, Günther Jendrian und dutzenden anderen nicht allzu wahr sind! Der Staatsanwalt wollte nur verhindern, daß dieses politische Thema im Prozeß überhaupt angefaßt wird. Dennoch war die Anklage natürlich rein politisch: mittels der Bann-kreisverordnung sollten die Genossen kriminalisiert werden, die Wahrheit sollte unterdrückt werden!

Aus dieser Einschätzung trafen die Ge-nossen die Vorbereitungen: Es wurden in erster Linie die Arbeitslosenkomitees aufgesucht, die selber schon manche Zu-sammenstöße mit der Polizei und Justiz hatten und für die Unterstützung der an-geklagten Genossen gewonnen. Der Saal 701 war dann voll, von den ca. 30 An-wesenden waren ein Dutzend Arbeitslose.



TEGEL

Denunzianten verjagt

"Der Anschluß lauert überall!" So wird man von "erfahrenen Gefangenen gewarnt. Einer sagt es dem anderen - und sehr bald erfährt man am eigenen Leibe, daß an dieser "Spruchweisheit" was dran ist. Die Tegeler Anstaltsleitung hat ein um-fassendes Spitzelnetz aufgebaut, um unter den Gefangenen eine Atmosphäre der Angst und des gegenseitigen Mißtrauens zu schaff-en, in der jegliche Solidarität zugrunde geht.

Als Anfang dieses Jahres die Gefangenen im Haus II gegen die diskriminierenden Haftbedingungen in ihrem Bereich zu kämpfen begannen, und die Angleichung an den im Haus III praktizierten sog. Regel-vollzug forderten, fertigten die Spitzel-Sircher und Rieseberg für den Anstalts-leiter Glaubrecht einen umfangreichen schriftlichen Bericht über die Tätigkeit der politisch aktiven Gefangenen an. Sie auf eine Vereinbarung mit Glaubrecht be-ruhend, stellten sie darin eine Reihe von verleumderischen Behauptungen auf, mit denen die Anstaltsleitung später ihre Repressalien gegen die Gefangenen im Haus II rechtfertigte. Die Informanten gingen sogar so weit, ein energisches Einschreiten der Vollzugsmasken gegen die Genossen Kunzelmann und Mahler zu fordern, weil durch die "Unruhe" unter den Gefangenen "die Beamten des Auf-sichtsdienstes in unzumutbarer Weise ge-fährdet" würden und angesichts der fort-schreitenden Solidarisierung der Gefangen-

en mit den "Unruhstiftern" zu befürchten sei, daß alsbald "Zustände wie in der Lehrter Straße" (Frauengefängnis, in dem mehrere politische Gefangene inhaftiert sind) einreißen könnten.

Die inhaftierten ROTEN HELFER sorgten dafür, daß die Agententätigkeit des Pär-chens Sircher/Rieseberg den Gefangenen im Haus II bekannt wurde. Noch ehe wir dazu kamen, einen "Besuch" bei den bei-den zu organisieren, wurden sie von der Anstaltsleitung "zu ihrer eigenen Sicher-heit" nach Haus I verlegt. Aber auch dort waren Genossen von uns, die die Kollegen über die Hintergründe des "Zugangs" unter-richtet hatten. So wurden die beiden in ihren neuen Rattenlöchern gebührend willkommen geheißen: Kollegen hatten mit Ölfarbe "Verrätersäue" an ihre Zellentüren gemalt. Drei Tage lang klebten im ganzen Haus I Plakate an den Wänden, in denen vor Lau-brechts Achtgroschenjungen gewarnt und deren Entfernung aus Haus I verlangt wurde. Die Beamten rissen die Plakate natürlich

ab: Jedoch wurden wie auf Kommando immer wieder neue geklebt. Die Insassen-vertretung schrieb einen Brief an den Justizsenator, in dem sie die Verlegung der Agenten verlangte. Die Kollegen waren über die Zumutung, mit diesen Kreaturen unter einem Dach friedlich zusammenleben zu sollen, so empört, daß den beiden zur Vermeidung von Zusammenstößen von den Aufsichtsbeamten überall Stationsverbote erteilt wurden, d. h. sie durften sich nicht auf anderen Stationen sehen lassen. Sie versuchten sich jetzt dadurch zu retten, daß sie sich gegenseitig die Verantwortung für die begangenen Sauerereien zuschoben. Sie, die sonst immer unzertrennlich waren, gehen sich jetzt aus dem Wege. Niemand will mit ihnen etwas zu tun haben. Schließlich mußte die Anstaltsleitung dem Druck der Gefangenen im Haus I nachgeben. Sie verlegte Sircher nach Haus III. Auf Anregung der kommunistischen Wählerini-tiative im Gefängnis Tegel organisierten die ROTE HILFE und die Stadtteilleitung Rein-ickendorf der KPD einen eindrucksvollen Agitprop-Einsatz vor den Mauern der Strafanstalt. Über starke Lautsprecher wurden die Gefangenen im Haus III vor Sircher und Rieseberg gewarnt und dem Spitzelunwesen der Kampf angesagt. Nun muß Sircher auch im Haus III Spießruten laufen.

Dieser Erfolg ist erst der Anfang unseres Kampfes gegen das verfluchte Denunziantentum. Wenn sich die Gefangenen zusamen-schließen, werden sie die handvoll Verräter vernichtend schlagen.

Im Prozeß selbst machten die Genossen den versuchten Mord zum Hauptthema. Ein Genosse schilderte den Mordversuch an Katharina und zeigte an anderen Fällen auf, daß dies System hat. Ein Genosse zeigte auf, wozu dieses Bannmellengesetz dient: Es schützt die "Volksvertreter" vor dem Volk, damit sie ihre volksfeindlichen Maßnahmen ungestört verabschieden kön-nen. Es wurde nicht angewendet gegen Zu-sammenrottungen von Reaktionären und Fa-schisten vor dem Rathaus während der Lorenz-Entführung, als die Todesstrafe und die "Säuberung" von Betrieben und Schulen verlangt wurde. Gegen die Genossen der ROTEN HILFE wird es angewendet, obwohl sie garnicht dagegen verstoßen ha-ben! Um das Ziel, die Unterdrückung der Wahrheit und die Kriminalisierung zu er-reichen, bricht die Klassenjustiz ihre eigenen Gesetze. Immer wieder wurden die Aussagen der Genossen mit Beifall von hinten bekräftigt.

Staatsanwalt Heinzlmann, bekannt aus vielen politischen Prozessen als Einpeit-scher (vom Typ her sportlich, braunge-brannt Ski- und Porschefahrer) wurde immer leiser und sagte am Ende kein Sterbenswörtchen mehr. Sein Plädoyer war nur eine Wiederholung der Anklage-schrift. Er vermied es, auch nur in einem Wort auf unsere Anklage gegen die Justiz einzugehen.

Der Richter Stege kann nur als seniler Depp bezeichnet werden. Er lehnte hinter seinem Tisch, brachte kaum die Augen

auf und dämmerte seinem nahen Ruhe-stand entgegen. ROTE HILFE gegen Iso-lationsfolter - damit war für ihn der Fall klar: Hier kann nicht freigesprochen wer-den, auch wenn der Sachverhalt zugunsten der Angeklagten ist.

Das Urteil: 100.-DM Strafe und Bezah-lung der Prozesskosten. 100.-DM weniger als der Strafbefehl, das sollte nach Ge-rechtigkeit aussehen! Insgesamt ein reines Gesinnungsurteil!

Während der Urteilsverkündung spitzte sich der Prozeß noch einmal zu: Die Zu-hörer riefen Parolen "Nieder mit der bürgerlichen Klassenjustiz!" und "Bestra-fung der Verantwortlichen für den Mord-versuch. Einer der angeklagten Genossen verließ unter Protest den Raum und schmiß die Tür zu, wobei ihm der Rich-ter nachrief: "Wenn Sie frech werden, kriegen Sie noch eine Ordnungsstrafe!"

Bei der abschließenden Nachbesprechung wurden das Auftreten und die Fehler dis-kutiert. Es wurde festgehalten:

- Jeder kleine Prozeß kann und muß zu einem politischen Tribunal gemacht wer-den!

- Der Kampf gegen die neue Strafprozeß-ordnung muß in jedem Prozeß geführt werden!

- Wir müssen uns im Kampf gegen die Klassenjustiz auf die Volksmassenstützen und insbesondere die arbeitslosen Kollegen für Prozeßbesuche gewinnen!

Alle nahmen sich vor, den zweiten Bann-mellenprozeß noch besser anzugehen.

Wem nützt der Prozeß gegen die RAF?

Die Bourgeoisie perfektioniert ihren Gewaltapparat nicht, weil sie die RAF, sondern weil sie den revolutionären Massenkampf fürchtet

Am 19. Mai soll der Prozeß gegen Andreas Baader, Gudrun Ensslin, Ulrike Meinhof und Jan-Carl Raspe in Stuttgart-Stammheim beginnen. Eins steht jetzt schon fest: Der Prozeß wird nicht - wie ursprünglich beabsichtigt - ein gelungener Höhepunkt der Propaganda und Programmetze der Bourgeoisie gegen den angeblichen "Volksfeind Nr. 1" werden. Schon die reaktionäre Massenmobilisierung anlässlich der Entführung von Lorenz war ein Fehlschlag: Trotz schulfrei, trotz Freistellung vom Arbeitsplatz folgten nur 10000 dem Aufruf zur Unterstützung des staatlichen Gewaltapparats - der harte Kern der Parteien und des Behördenapparats blieb unter sich!

Über 1 Million Arbeitslose, entschlossener Widerstand in Wyhl und in Schweinfurt, wo 10000 gegen den Bau eines Kernkraftwerks demonstrierten, 100000 Entlassungen bei VW und anderen Betrieben - diese Tatsachen zeigen, wohin die volksfeindliche Politik der Bourgeoisie führt: Zum Zusammenschluß der Volksmassen! Die Antwort des Staatsapparats heißt: Aufmarsch und Einsatz der Polizei, Verfolgung der entschiedensten Kämpfer durch die Klassenjustiz, Einsatz aller Mittel zum Schutz der milliarden schweren Monopole und ihrer volksfeindlichen Pläne. Die Bevölkerung erfährt die Klassenwirklichkeit: Die Gewalt hierzulande geht von der Bourgeoisie aus. Kein Stammheimer Prozeß wird dazu erhalten können, dies zu verschleiern oder zu rechtfertigen!

In dieser Situation kommt der Stammheimer Prozeß, der mit Hilfe der reaktionären Filbinger Regierung im ruhigen baden-württembergischen "Musterlände" großinszeniert werden sollte, der Bourgeoisie sogar ungelogen. Stellt sie doch der Kampf der Wyhler Bevölkerung und der VW-Arbeiter vor ganz andere unlösbare Fragen, muß die Filbinger Regierung und die Bonner SPD-Regierung doch befürchten, daß der Stammheimer Prozeß im Lichte dieser Auseinandersetzungen ganz anders verstanden wird, als sie es wollen. Dicke Aktenberge können nicht die Tatsache rechtfertigen, daß die Angehörigen der RAF über 4 Jahre, davon den größten Teil völlig isoliert von der Außenwelt und den übrigen Gefangenen, in "Untersuchungs"haft gehalten wurden. In allen bisherigen RAF-Prozessen hat sich gezeigt, daß in dieser Zeit wenig Beweise, aber viele gekaufte Zeugen wie Karl-Heinz Ruhland gesammelt wurden, die monatlang ihr Sprüchlein für die Prozesse üben.

Über "Beweise" wird im Stammheimer Prozeß nur geredet werden, um den Schein des rechtsstaatlichen Verfahrens zu wahren. Verurteilt sind die Untersuchungsgefangenen schon längst tausendmal - von der bürger-

lichen Presse, den bürgerlichen Parteien. Denn geurteilt wird über die politische Gesinnung der Angeklagten, über politische Gegner der Bourgeoisie, die auf dem Wege des individuellen Terrors den Imperialismus bekämpfen wollen. Und dabei versucht die Bourgeoisie es weidlich auszunutzen, daß sie es hier mit Gegnern zu tun hat, deren kleinbürgerliche Ideologie und massenverachtende Methoden bei den Werktätigen niemals Anklang fanden.

Mit unglaublicher Hetze, mit Isolierhaft und Verteidigerausschlüssen, mit dem Bau von Gerichten direkt im Gefängnis schafft sich der Staatsapparat Mittel, die Schule machen und an die wir uns "gewöhnen" sollen. Heute schon werden auch proletarische und revolutionäre Kämpfer in den Ge-

fängnissen isoliert und ihre Verteidiger vom Ausschluss bedroht, morgen sollen auch revolutionäre Arbeiter in die Gerichtsbunker von Stammheim und Bückeburg geschleppt werden.

Auch wenn wir die Politik der RAF schärfstens verurteilen, steht fest, daß die RAF-Angeklagten nicht als Kriminelle, sondern als politische Gegner vor Gericht gestellt werden. Die Bourgeoisie nimmt den Prozeß zum Vorwand, immer neue volksfeindliche Maßnahmen zu ergreifen und einen Propagandafeldzug gegen die revolutionäre Gewalt der Volksmas-

teil zu fällen, sprechen wir der Bourgeoisie ab und fordern:

Rechtsanspruch für die Angeklagten

Allein die Arbeiter und Werktätigen sind in der Lage, durch solidarische Kritik den Weg zur Befreiung vom imperialistischen Joch zu zeigen und mit der Errichtung des sozialistischen Gesellschaftssystems dem kleinbürgerlichen Anarchismus den Boden zu entziehen!

Der Klassenauftrag für die Stuttgarter Richter lautet: Politische Propaganda für den "starken Staat" und Statuierung eines Exemplars gegen ant imperialistische Gesinnung durch lebenslange Gefängnisstrafen. Um dies erreichen zu können, wurde der Prozeß hinter Stacheldraht und Beton weitab von der Öffentlichkeit gelegt und die Verteidiger der Gefangenen mit allen Mitteln behindert und zum Teil bereits ausgeschlossen.

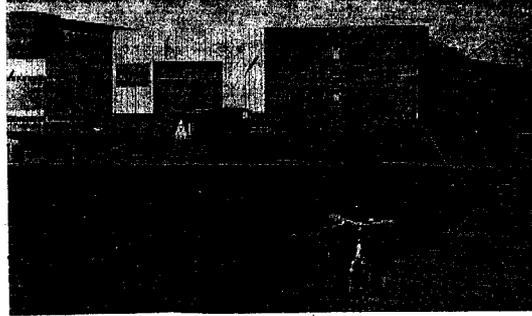


Bild: Gerichtsbunker in Stammheim

sen zu führen.

Deshalb richtet sich der Prozeß gegen die Arbeiterklasse, gegen alle ant imperialistischen Kämpfe. Das Recht, ein solches Ur-

Weg mit den Sondergerichten!

Mit Dutzenden Millionen Steuergeldern wurde das Stammheimer Gefängnis gebaut - in der Nähe von Truppenübungsplätzen und einer Gegend, wo vorwiegend Gefängnisbeamte wohnen. Zellenfenster sind von außen unsichtbar, es gibt kein Schlüsselrasseln

und Tellerklappern mehr, das Essen kommt in Aufzügen in die Zellen. Die Isolation der Gefangenen ist im Bau selbst angelegt.

Jetzt entstand für weitere Millionen in einem Erweiterungsbau das Gerichtsgebäude. Es ist wie im Prozeß gegen Ronald Augustin - der in Bückeburg direkt im Gefängnis stattfand - und im Mahler-Meinhof-Bäcker Prozeß im Herbst 74 in Westberlin-Moabit: Die Gerichte sind Festungen, umgeben von Stacheldraht, abgesichert durch bewaffnete Posten. Durch Überwachung von Fernsehkameras, Fotokopieren der Ausweispapiere und körperliche Durchsuchungen wird die Öffentlichkeit abgeschreckt, damit sie den Prozessen fernbleibt. Diese Umstände haben nichts mehr gemein mit einem Gerichtsprozeß. Hier wird eine Sondergerichtsbarkeit gegen politische Gefangene praktiziert. Die Werktätigen, die Wyhler Besetzer, gegen die Prozesse eingeleitet sind, werden erkennen, was sie von einer solchen Justiz zu halten haben!

Sofortige Zurücknahme der Verteidigerausschlüsse!

Nachdem die Verteidigerpost seit Monaten beschlagnahmt wird, nachdem die Nachdem seit Monaten Verteidigerpost beschlagnahmt wird, nachdem die Polizei bei Durchsuchungen in Anwaltsbüros Prozeßunterlagen der Verteidigung mitnimmt, nachdem die Verteidiger den Großteil des über 10000 Seiten umfassenden Aktenmaterials erst 2 Monate vor Prozeßbeginn einsehen durfte, wurde n u n der Rechtsanwalt Croissant von der Verteidigung ausgeschlossen. Auch die Anwälte Groenewold und Ströbele sollen ausgeschlossen werden. Die Begründungen laufen alle auf eins hinaus: Den Anwälten wird vorgeworfen, daß sie öffentlich die politische Haltung ihrer Mandanten dargelegt haben. Selbstverständlichkeiten - wie die Verständigung der Gefangenen untereinander, zumal wenn ihnen derselbe Vorwurf der "Zugehörigkeit zu einer kriminellen Vereinigung" gemacht wird - wird als "Mißbrauch der Verteidigerrechte" und "Beihilfe zu kriminellen Zwecken" betitelt. Als ob ein Anwalt eine andere Aufgabe hätte, als seinen Mandanten einseitig zu begünstigen!

Das Ziel der Klassenjustiz ist es, nach faschistischer Manier die Prozesse gegen politische Gegner ohne Angeklagte und mit Zwangsverteidigern, die dem Gericht ergeben sind durchzuführen. Das zu diesem Zweck im Schnellverfahren durchgepeitschte Verteidigerausschlußgesetz ist ohne Beispiel in der Geschichte oder in anderen kapitalistischen Ländern!

Weg mit dem Verteidigerausschlußgesetz!

WEG MIT DEM VERFAHREN GEGEN BRIGITTE HEINRICH!

Wohin die Staatsbehörden die ant imperialistische Schriftstellerin Brigitte Heinrich auch verlegten, überall wurden Solidaritätsaktionen organisiert. B. Heinrich war im Rahmen der Fahndungsaktion "Winterreise" festgenommen.

In Frankfurt, Mainz und Hamburg, wo sie in Haft gehalten wurde, gründeten sich mit Unterstützung der ROTEN HILFE Initiativen für ihre Freilassung, Dokumentationen erschienen Kundgebungen und Demonstrationen fanden statt. Inzwischen mußte der Bundesgerichtshof Haftverschonung gewähren, ohne jedoch den Haftbefehl aufzuheben.

Brigitte Heinrich ist bekannt als Schriftstellerin die sich entschieden auf die Seite der unterdrückten Völker gestellt hat. Sie sieht ihren Beitrag zum Befreiungskampf in der Dritten Welt darin, die Öffentlichkeit über die Machenschaften der BRD-Imperialisten in aller Welt aufzuklären. So war sie auch zum "Russel-Tribunal II" mit dem Thema "Folter in Latein-Amerika" mit einem Sachverständigengutachten über die Funktion des westdeutschen Kapital- und Technologieexports nach Latein-Amerika eingeladen. Sie hatte u. a. herausgefunden, daß ein westdeutscher Chemie-Konzern in Paraguay Konzentrationslager finanziert. Mit Schadensersatzklagen, die in die Hunderttausende gehen und die keine Zeitung und keine Rundfunkanstalt bezahlen kann, war diese Tatsache bisher totgeschwiegen worden. Aber bevor Brigitte Heinrich ihr Gutachten abschließen konnte, wurde sie unter fadenscheinigen Gründen eingekerkert!

Solche Schriftsteller braucht das Volk, denn der Befreiungskampf der Völker der Dritten Welt gegen die imperialistischen Mächte, voran die Supermächte, ist auch unser Kampf.

Für die sofortige Aufhebung des Haftbefehls und für Freispruch in ihrem Prozeß wird die ROTEN HILFE mit allen fortschrittlichen Menschen kämpfen.

SPENDET auf das Postscheck-Kto. Ffm. Nr. 293 423-604, Hedwig Heinrich

Broschüren

Broschüre des Rote Hilfe Komitees Westberlin zum 1. Prozeß gegen Horst Mahler.

Erschienen 1973. A-4, 53 S. 1.-DM

Broschüre der ROTEN HILFE zum Prozeß gegen Mahler, Meinhof und Bäcker im Herbst 1974.

A-4 10 S. -50 DM

Dokumentation der ROTEN HILFE und des Initiativkomitees Arbeiterhilfe zum Mordversuch an Manfred Macker in Hamburg.

A-4 24 S. 1.-DM

Programm und Statut z. Zt. vergriffen. Ebenso die Broschüre zur "RHD": Spaltung und Kapitalentzug statt Klassensolidarität.

Bestellungen an: ROTE HILFE-Vertrieb, 5 Köln 30, Gumprechtstr. 6

Neuer Straftatbestand

Die Staatsanwaltschaft beim Landgericht Berlin ermittelt gegen die Fernsehsendung "Panorama". Es war ein Prozeßdokument aus einem Anarchistenprozeß gezeigt worden, was nach den neuesten Straßprozeßvorschriften strafbar ist, solange das Verfahren nicht abgeschlossen ist.

Bonn: Prozeß wegen Gefangenenmeuterei

Bonn: Prozeß wegen Gefangenenmeuterei. Am 28. Mai soll vor dem Bonner Landgericht ein Prozeß gegen 10 Insassen des Bonner Knastes beginnen. Anklage: Gefangenenmeuterei. Den zehn wird eine Aktion im Sommer 1974 zur Last gelegt, die die Öffentlichkeit auf die skandalösen Haftbedingungen im Bonner Knast aufmerksam gemacht hatte.

AUGUSTIN-PROZESS

Das Gericht tagt im Gefängnis Bückeburg/Niedersachsen. Es verurteilt Ronald Augustin zu 6 Jahren Gefängnis, nachdem der Staatsanwalt nach der Durchlöcherung seines mühsam zusammengeklauten Indiziengebüdes durch die Verteidiger nochmal versichert hat, daß er Augustin "auf Biegen und Brechen" verurteilen lassen will. Ronald Augustin soll für die "Bewegung 2. Juni" Pässe gefälscht haben.

Weil die Gefängnismauern allein nicht abschreckend genug für die Öffentlichkeit wirken, hat man Stacheldraht und militärische Personenkontrollen durch die Polizei aufgebaut.

Obwohl R. Augustin seinen Prozeß nicht zum Tribunal gegen die Klassenjustiz macht, stellt der Staatsanwalt sarkastisch fest, der Angeklagte und seine Verteidiger hätten hier einen Schauprozeß inszeniert. Er fordert 9 Jahre!

Insbesondere der holländische Verteidiger Bakaschut prangert die menschenfeindlichen Methoden der Isolierhaft an. Nach 1 1/2 Jahren U-Haft hat R. Augustin schwer Wasser in den Beinen und kann kaum noch gehen. Der Anwalt greift die jüngsten Gesetze der Schmidt-Regierung zur Einschränkung der Rechte von Angeklagten und Verteidigern vor Gericht als eindeutige Maßnahmen zur Sicherung der Macht der herrschenden Klasse an. Rechtsanwalt Croissant weist den vergeblichen Versuch des Oberstaatsanwalts Hunger, das Verteidigerplädoyer zu verbieten, zurück: "Noch sagen wir, was wir wollen."

Die Erklärung Augustins, dem Pflichtverteidiger Blaser, der im ganzen Prozeß Zeitung las und nichts zu sagen hatte, ein Plädoyer zu untersagen, weil er nicht das Vertrauen seines Mandanten habe, wird vom Gericht zurückgewiesen. Blaser "verteidigt" dann: Dieser Prozeß war kein politischer Prozeß, sagt er, und dankt dem Gericht für die Fairness und daß es nie Befangenheit gezeigt hat. Er schmeißt sich regelrecht an die Ausführungen der Klassenjustiz ran und kommt zu dem Ergebnis, daß Augustin "eine gerechte Strafe" verdiene.

Weil der Rechtsanwalt Könen, der ebenfalls als Pflichtverteidiger bestellt war, bei diesem schmutzigen Plädoyer den Saal verläßt, kündigt ihm der Richter einen Prozeß wegen Pflichtverletzung an. Nieder mit der bürgerlichen Klassenjustiz!

ITALIEN: Millionen gegen faschistischen und staatlichen Terror



Bilder:
oben: Polizei setzt Schusswaffen gegen Demonstranten ein.
links: Massenkundgebung in Mailand gegen faschistischen und staatlichen Terror.

Mailand: Claudio VARALLI, 17, Student, Sohn von Arbeitern, Antifaschist. 1974 kämpfte er an vorderster Front beim Protest gegen einen anderen Polizeimord an dem Genossen Franceschi. Er kehrte von einer Gewerkschafts- und wird von dem bekannten Faschisten und Totschläger Braggion auf offener Straße erschossen. Die Justiz läßt dem gerichtsbekanntem Täter genügend Zeit, in die Schweiz zu flüchten.
Giannino ZIBECCHI, 27, Sportlehrer, Mitglied des Antifaschistischen Verteidigungskomitees des Mailänder Stadtviertels Ticinese, wird kurz nach dem Sturm auf die regionale Parteileitung der MSI (Faschisten-Partei) in Mailand von einem Polizei-Mannschaftswagen, der auf dem Bürgersteig fährt, erfaßt und vorsätzlich getötet.

Turin: Tonino MICCHE, 23, Mitglied von Lotta Continua, schon 1973 beim Angriff auf einen Sitz der Faschisten verhaftet, wird von einem Angehörigen einer faschistischen Organisation bei einer Hausbesetzung erschossen.

Florenz: Rodolfo BOSCHI, 27, Arbeiter der ENEL, Mitglied der PCI, wird bei einer Protestdemonstration wegen der Morde von Mailand und Turin auf offener Straße von einem Polizisten vorsätzlich erschossen.

Diese Welle der Gewalttaten führte zu einer mächtigen antifaschistischen Bewegung. In Mailand und Turin werden die regionalen Parteilokale der MSI, in Mailand auch der PDI zerstört. Zwar sind in den 2 Generalstreiks 10 Millionen mobilisiert, aber nicht die Quantität, sondern die Intensität dieser Antwort ist das Neue. Bei den Kämpfen in Mailand werden über 15 Mannschaftswagen der Polizei zerstört.

Selbstverständlich ist all dies für die Democrazia Cristiana nur der Anlaß, die Diskussion über die stärkere Bewaffnung der Polizei zu verstärken. Reaktionäre Richter werden einfach anstelle der zuständigen Richter für Untersuchungen und Prozesse eingesetzt. Die Folge: Freisprüche und Haftentlassungen für überführte faschistische Mörder und Bombenleger. Aber auch die PCI leistet einen wichtigen Beitrag zum einheitlichen Chor der bürgerlichen Parteien über die Gefahr des Extremismus von links und von rechts. Der jetzige Führer der Partei Gramsci, der Partisanen, der ruhmreichen Partei der Arbeiterklasse Italiens schämt sich nicht, von der "starken Demokratie" zu schwärmen, womit sein Angebot an die Parteien des jetzigen Regimes gemeint ist, den immer noch beträchtlichen Einfluß der revisionistischen Partei auf die Arbeiterklasse dafür auszunutzen, das wankende Regime in Italien zu stützen. Deshalb ruft er in der Unità (Zeitung der PCI) neben der



erster zu nehmen. Echte Kämpfe müssen die Arbeiterklasse und das Volk Italiens heute nicht nur ohne, sondern sogar gegen die Partei des "Historischen Kompromisses" führen. Wenn der Einfluß der Revisionisten auch die Zahl der Kämpfe begrenzen mag, sie werden, wo sie durchbrechen, nur mit umso größerer Härte geführt. Das gilt für die Besetzungen von Häusern im ganzen Land, bei denen es schon mehrere Tote gab, politische Prozesse gegen Supermarkt-Besetzungen oder das Schand-Urteil von Catania. Dort hatten vor fünf Monaten Mitglieder der PCMI und der Studentenbewegung einen Kampf gegen die Verdopplung der Omnibus-Gebühren geführt, in einer Stadt, wo der Stadtrat sogar vors Gericht mußte - zu offen hatte er seine Millionen-Schiebungen betrieben. Doch nicht die Schieber wurden verurteilt, nein, die Genossen, die dagegen protestierten, erhielten insgesamt 16 Jahre Gefängnis ohne Bewährung. Ein faschistisches Urteil, ein faschistischer Richter, und faschistisch, wie der Prozeß abließ: Saalräumung durch die Polizei, die Angeklagten in Ketten während des ganzen Ablaufs. Es sind Werktätige, die die Wut aller Einwohner ihrer Stadt über die Spekulationen zum Ausdruck brachten, wie der Bauarbeiter Mimmo Impellizzeri, Vater von zwei Kindern, seit Jahren an der Spitze der Kämpfe der Arbeiterklasse sein er Stadt. Wer sich durch die Polizei der DC, wer sich durch die illegal für das Regime mordenden Faschisten nicht einschüchtern läßt, wer auf die demokratische Masche der PCI nicht mehr hereinfällt, für den steht die Klassenjustiz bereit mit ihren Terrorurteilen. Aber diese Rechnung wird nicht aufgehen! Das hat die Antwort auf die Faschisten-Morde und Polizei-Morde gezeigt, das hat die erwungene Freilassung



Bilder:
oben: Zwei der in Catania verurteilten Arbeiter - Mimmo Impellizzeri, Bauarbeiter, im Kreis seiner Familie und Eustorgio Amico, Lagerarbeiter.
unten: Kundgebung. Auf dem Transparent: "Freiheit für die 4 inhaftierten Arbeiter!"

Meldung, die vom Tod eines jungen Genossen der PCI berichtet - ermordet von der Polizei - die Staatsorgane dazu auf, ihre Pflicht zur Erhaltung von Ruhe und Ordnung

SOLIDARITÄT mit den spanischen Revolutionären!

Mit einer Welle von Prozessen gegen Revolutionäre und Patrioten versucht die faschistische Franco-Diktatur gegenwärtig des stürmischen Widerstands der spanischen Arbeiter und Bauern Herr zu werden. Schätzungsweise 15 000 bis 20 000 Arbeiter, Werktätige, Bauern, Intellektuelle und Priester werden seit Frühjahrsbeginn vor die Terrorjustiz gezerrt. Viele von ihnen nach monatelanger Folter und jahrelanger Haft. Am 24. März begann der Prozeß gegen 8 Seat-Arbeiter. Ihr Verbrechen: Sie hatten zu Demonstrationen gegen die Hungerlöhne in ihrer Fabrik aufgerufen. Ihre Anwälte wurden gleich mit vor Gericht gestellt. Wie wir bereits berichtet haben, beginnt Mitte Juni der Prozeß gegen die 31 politischen

An diesem 1. Mai haben die Volksmassen in Madrid, Barcelona, Valencia und den meisten Provinz-Hauptstädten Spaniens ihren Haß gegen die Franco-Diktatur und die Yankee-Herrschaft demonstriert. Überall wurden Flugblätter verteilt, Versammlungen und Kundgebungen abgehalten. Die Franco-Regierung versuchte mit der ganzen Macht ihres faschistischen Unterdrückungsapparates jede Demonstration im Keim zu ersticken. In Madrid war das Viertel, das von der FRAP (Antifaschistische und Patriotische Front) als Sammlungsort angegeben war, schon Stunden vorher von Tausenden von Polizisten besetzt, von Sonderkommandos der "Anti-Unruhe-Spezialeinheiten" und den Gruppen der geheimen politischen Polizei (BPS). Doch die Demonstranten konnten nicht aufgehalten werden. Zur festgesetzten Zeit versammelten sich zwischen 10 000 und 15 000 Patrioten auf der Straße. Es wurden rote Fahnen und die Fahnen der Republik gehißt. Tausende formierten sich zu einem Zug. Die Polizei versuchte sofort, die Demonstration aufzulösen. Mehr als 2 Stunden konnten die Demonstranten die Straße verteidigen. Sie hatten sich auf den Polizeiüberfall vorbereitet und an der Spitze des Zuges Selbst-

schutzgruppen gebildet. Im Verlauf der Kämpfe wurde ein Spitzel der verhafteten BPS von den Demonstranten getötet. Die Rache der Franco-Diktatur für diese Niederlage kannte keine Grenzen. An den darauffolgenden Tagen wurden 150 Personen festgenommen. Noch Wochen später wurden Menschen verhaftet, weil sie in dem Verdacht standen, der FRAP oder der PCE/ML anzugehören. Eine Reihe von Ärzten wurde verhaftet, weil sie den Opfern des Polizeiüberfalls helfen wollten - ihnen drohen 18 Jahre Gefängnis. Mit Elektroschocks, Prügel, Bedrohung ihrer Angehörigen und anderer vom CIA ausgeklügelter Folterungen wurden die Verhafteten gepeinigt, um erlogene Geständnisse aus ihnen herauszulockern. Tatsächlich war keiner der Verhafteten an der Tötung des BPS-Agenten beteiligt. Inzwischen hat die Staatsanwaltschaft ihre Anträge auf den Tisch gelegt: 22 sollen je 21 Jahre, 7 je 7 Jahre der die anderen je 4 Jahre Gefängnis bekommen. Die Franco-Faschisten können sich drehen und wenden, wie sie wollen, brutale Folter ersinnen, ihre Polizisten zum Schließen ermuntern - was sie auch tun, das Volk in Spanien wird in seinem Kampf nur bestärkt!

der in Mailand angeklagten Supermarkt-Besetzer gezeigt! Erkämpfen wir die Freiheit der Gefangenen von Catania, die im Gefängnis sitzen, weil sie für die Rechte des Volkes gekämpft haben!
FREIHEIT FÜR ALLE POLITISCHEN GEFANGENEN!



Die großartigen Streiks vom Herbst 1974 setzten sich heute fort. Im März streikten die Arbeiter bei Renault und Maggi in Valladolid. Im Januar demonstrierten 5 000 gegen die Ermordung des Arbeiters Perez, der beim Flugblattverteilen von der Polizei erschossen worden war. Im Februar demonstrierten über 100 000 Menschen zu Beginn des Prozesses gegen Frau Forest, der ein faschistischer Anschlag auf eine Café, in dem die Geheimpolizei verkehrt, in die Schuhe geschoben wurde. Im März waren in dem Madrider Gefängnis Carabanchel 9 von 10 Gefangenen im Hungerstreik, weitere 150 in ganz Spanien. Die revolutionäre Einheit der Arbeiter und Bauern ist gefestigt worden unter den Forderungen der FRAP: Dem Volk muß das Wort erteilt werden! Schluß mit allen Fortsetzungsmanövern der Diktatur! Freiheit für alle politischen Gefangenen! Die Kämpfe richten sich zunehmend gegen die Franco-Diktatur. Die revisionistische Partei in Spanien unter Führung Carillos, der sich mit Banditen aus dem Lager der Faschisten zu einer "demokratischen Junta" zusammengetan hat, schafft es kaum noch, Menschen hinter sich zu vereinigen. In Katalonien, wo sie vor der Streikbewegung einen relativ großen Einfluß hatte, ging sie kläglich ein, während sich die FRAP dort um ein Vierfaches vergrößern konnte. Teile der von den Revisionisten beherrschten Comisiones Obreras schlossen sich der Streikbewegung und der FRAP an. Die Arbeiter und Bauern in Spanien sind auf dem Vormarsch. Sie werden sich von einer Fortsetzung der Diktatur der Bourgeoisie unter revisionistischer Führung wie in Portugal nicht blenden lassen. Ihr Kampf steht unter der Losung: Weder Franco noch Monarchie - für die demokratische und föderative Volksrepublik! Schluß mit allen Fortsetzungsmanövern der Diktatur!

Strikt halten sich die Volksbefreiungsstreitkräfte an das Pariser Friedensabkommen. Sie gehen von der richtigen Einschätzung aus, daß es nicht verwirklicht werden kann, solange US-Marionetten in Saigon die Regierung bilden.

Alle Versuche der US-Imperialisten, sich als die Wahrer und Hüter des Friedensabkommens in aller Welt hinzustellen, scheitern. Immer offener ist vor aller Welt klar, daß sie mit ihren "Militärberatern" und Thieu durch seine Überfälle auf die Ernte und die Menschen in den befreiten Gebieten es waren, die tausendfach das Abkommen brachen und alle Warnungen der Provisorischen Revolutionären Regierung in den Wind schlugen.

8 Milliarden Dollar haben die US-Kriegsverbrecher seit dem Friedensabkommen vor 2 Jahren der Saigoner Clique zugesprochen, 694 Flugzeuge, 800 Kanonen aller Kaliber, 204 Kriegsschiffe und 1100 Panzer. Das sind keine Zeichen des Friedens, sondern Mordwaffen gegen das vietnamesische Volk. Greift das Volk die militärischen Stützpunkte wie Da Nang und Bien Hoa an, um dem weiteren Einsatz dieser Mordwaffen endlich ein Ende zu machen, so schreit die Bourgeoisie im Verein mit der bürgerlichen Presse: Schaut wie die Befreiungsstreitkräfte das Friedensabkommen brechen.

Zwei Jahre des Pariser Friedensabkommens hießen für das vietnamesische Volk nicht, zuzusehen, wie die USA-Imperialisten und Thieu ihre Verbrechen fortsetzen, sondern bedeutete zwei weitere Jahre des erfolgreichen Kampfes im Volkskrieg. Es bedeutete, den ständigen Angriffen und Verletzungen die gesamte und geschlossene Kraft des Volkes entgegenzusetzen, die Erregungsschichten in den befreiten Gebieten zu verteidigen und die Herde des Verbrechens die Waffenlager und militärischen Stützpunkte der Verbrecher zu vernichten und die Waffen gegen die zu wenden!

Auch heute noch versuchen die USA-Imperialisten immer wieder neue Vorwände, für ihre Aggression. Truppen und Schiffe werden nach Vietnam entsendet, Bombardements werden angedroht - angeblich um die Evakuierung zu sichern. Das ist geradezu lächerlich; denn kein Vietnameese würde die Amerikaner und die korrupten Marionetten daran hindern, das Land zu verlassen. Im Gegenteil - die PRR machte das Angebot, innerhalb von 24 Stunden allen die Möglichkeit zu geben, das Land zu verlassen. Denn sie sind es, die in Saigon ein großes Blutbad anrichten würden.

Während die USA-Imperialisten sich mit ihrer verbrecherischen Politik in der ganzen Welt isolieren, sind die bürgerlichen Parteien unseres Landes wie CDU, SPD und FDP voll auf der Seite der USA-Imperialisten. Die DKP hat dem auch nichts ent-

gegenzusetzen. Im Gegenteil: Das vietnamesische Volk hat den sowjetischen Sozial-Imperialisten klar und deutlich bewiesen, daß sie dort nicht - wie etwa in Indien - an Boden gewinnen können. So hat das laotische Volk mit dem Vientiane-Abkommen nicht die Waffe aus der Hand gelegt, sondern der Volkskrieg geht weiter. Erst kurz vor Toreschluss erkannten die Sozialimperialisten Prinz Sihanouk als den einzigen legitimen Vertreter des kambodschanischen Volkes an. Vorher hatten sie diplomatische Beziehungen zur verbrecherischen Lon-Nol-Clique

Was machen die bürgerlichen Parteien? Unter dem Stichwort "humanitäre Hilfe" bewilligte der Bundestag 14,9 Millionen DM. Genscher sprach von der unsagbaren Tragödie, die jeden herausfordere und es wurden sofort weitere 10 Millionen bewilligt. Wo diese Hilfsgüter landen, was mit ihnen gemacht wird, wird wieder verschwiegen. Es heißt z. B. beim Roten Kreuz lapidar, die 200.000 DM sollten den "Flüchtlingslagern" zugute kommen. Das "Flüchtlingslager" aber wird auf der von den Vietnamesen so gefürchteten KZ-Insel Phu Quoc errichtet, wo tausende erschossen, gefoltert, verschleppt oder in Wehrdörfern zusammengepfercht werden.

Kriegsminister Leber besaß die Frechheit, davon zu sprechen, daß die Kommunisten an diesem Krieg Schuld seien, daß die Amerikaner nur einen Wunsch hätten: Die Demokratie und die Freiheit zu verteidigen. Es ist kein Zweifel, daß die BRD-Regierung sich mit

ihren neokolonialen Politik und "Hilfs"-aktionen der bürgerlich karitativen Einrichtungen zu aktiven Unterstützern der verbrecherischen Politik gemacht haben. Sie haben nach Kräften dazu beigetragen, den Krieg zu verlängern, das Leiden, den Terror, die Morde fortzusetzen. Wir vergessen auch nicht, mit welcher Hetz- und Verfolgungskampagne die SPD-Regierung 1973 die KPD und die Liga gegen den Imperialismus verfolgten, als unter der Führung dieser Organisationen anlässlich des Besuchs des Verbrechers Thieu bei Heinemann und anderen führenden Politikern das Bonner Rathaus besetzt wurde!

Unsere ganze Solidarität gilt den indochinesischen Völkern in ihrem Befreiungskampf. Ihr Sieg ist ein Sieg für die Völker in der ganzen Welt! Unsere praktische Unterstützung ist die revolutionäre Propaganda dieses Sieges, der Aufruf an die deutsche Arbeiterklasse, vom Kampf des vietnamesischen Volkes zu lernen und eine breite Sammlung durchzuführen. Unsere Ortsgruppen haben ihre Solidarität dokumentiert, indem sie in Köln z. B. spontan nach der Befreiung Phnom Penhs eine Kundgebung mit Sammlung gemeinsam mit der Liga gegen den Imperialismus und der KPD durchgeführt. Die Ortsgruppe Dortmund sammelte über 1000.-DM, die direkt der PRR übergeben wurden.

Sofortige Einrichtung eines Informationsbüros der PRR in der Bundesrepublik!
Sofortige diplomatische Anerkennung der GRUNK!
Abzug aller US-Truppen und Militärberater aus Indochina!
Alles für den endgültigen Sieg der Völker Indochinas!

10-Punkte-Programm der Revolutionären Regierung Süd-

Um die Errungenschaften der Revolution zu sichern und vorwärtszubringen, um das Leben der Bevölkerung zu normalisieren, um das Pariser Vietnamabkommen aktiv zu sichern und zu erfüllen und die südvietnamesische Revolution zu neuen und noch größeren Siegen zu führen, erklärt die Provisorische Revolutionäre Regierung der Republik Südvietsnam die folgende 10. Punkte-Politik für die Gebiete, die jüngst befreit worden sind:

1. Vollständige Abspaltung der Herrschaft und der Verwaltungsmaschinerie, der Streitkräfte, aller Organisationen, aller Verordnungen und aller Formen der Unterdrückung und Zwangsverwaltung der Marionettenverwaltung. Schnelle Errichtung der revolutionären Volksmacht auf allen Ebenen in den neu befreiten Gebieten.

Alle Befugnisse der früheren Marionettenverwaltung werden von der revolutionären Verwaltung übernommen. Amtsträger unter der Marionettenverwaltung müssen ersthaft alle Anweisungen und Bestimmungen der Provisorischen Revolutionären Regierung beachten. Alle reaktionären Parteien und andere politische Organisationen, die mit dem Feind zusammengearbeitet haben, werden aufgelöst.

2. Errichtung der Demokratischen Freiheiten für die Bevölkerung und der Gleichheit der Geschlechter. Garantie der Glaubensfreiheit und der Einheit und Gleichheit der Religionen. Die Freiheit der Bevölkerung zur Religionsausübung wird respektiert; Pagoden, Kirchen, heilige Bezirke und Tempel werden geschützt.

3. Einhaltung einer Politik der großen nationalen Einheit, nationaler Versöhnung und Eintracht und Widerstand gegen den aggressiven Imperialismus. Strikte Unterbindung aller Aktionen, die geeignet sind, Zwietracht, Haß und Mißtrauen innerhalb des Volkes oder zwischen den verschiedenen ethnischen Gruppen zu säen. Alle, ob reich oder arm, gleich welcher Nationalität, Religion oder politischen Richtung, müssen sich in gegenseitiger Zuneigung und Unterstützung vereinigen, um die befreite Zone aufzubauen und ein neues Leben in Glück zu errichten. Nationale Minderheiten sind in jeder Hinsicht ihren Landsleuten der ethnischen Mehrheit gleichgestellt. Hingebungsvolle Unterstützung wird ihnen gewährt zur Entwicklung ihrer Wirtschaft und Kultur und zur Verbesserung ihrer Lebensbedingungen.

4. Alle Menschen in den befreiten Gebieten können ihren Beruf frei weiter ausüben. Sie sind verpflichtet, bei der Aufrechterhaltung von Gesetz und Ordnung mitzuhelfen und die Revolution zu unterstützen. Die revolutionäre Volksmacht wird hart und rechtzeitig allen Sabotageplänen oder -aktionen oder Gegenangriffen des Feindes begegnen. Elemente, die sich an Aktivitäten gegen die revolutionäre Verwaltung, gegen Gesetz und Ordnung, gegen Leben, Eigentum und Ehre der Bevölkerung, gegen das öffentliche Eigentum unter dem Schutz der revolutionären Verwaltung beteiligen, werden schwer bestraft.

5. Über Eigentum, das von der Marionettenverwaltung zurückgelassen worden ist, wird die Provisorische Revolutionäre Regierung der Republik Südvietsnam verfügt.

6. Alle industriellen Unternehmen, alle Handwerksbetriebe, alle Handels-, Transport- und Nachrichtenunternehmen und alle anderen öffentlichen Dienstleistungsunternehmen müssen weiter arbeiten, um der nationalen Wirtschaft und dem täglichen Leben der Bevölkerung zu dienen. Dem Wiederaufbau der Produktion und der Normalisierung des Lebens der Bevölkerung wird besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Die Arbeitslosen und alle anderen, die arbeitsfähig sind, erhalten Arbeitsplätze. Geschäftsgesellschaften wird ihr Besitzrecht garantiert und es wird ihnen erlaubt, ihre Geschäfte weiterzuführen im Interesse der Nation und der Bevölkerung. Hingebungsvolle Sorge wird den Weisen, den Kriegsverehrten und den Alten gewidmet.

7. Die Bauern werden ermutigt die landwirtschaftliche Produktion aufrechtzuerhalten und zu entwickeln, ebenso Fischerei, Salz- und Holz-Unternehmen. Die Eigentümer von industriellen Anlagen und Obstgärten werden ermutigt, ihre Geschäfte fortzuführen.

8. Alle kulturellen, wissenschaftlichen und technischen Einrichtungen, Schulen und Krankenhäuser werden wieder öffnen, um dem Volk zu dienen. Alle Agenturen im Dienst der reaktionären, dekadenten und versklavenden Kultur des USA-Imperialismus und der Marionettenadministration werden strikt verboten. Alle fortschrittlichen nationalen kulturellen Aktivitäten werden gefördert. Wissenschaftliche und technische Talente werden im Interesse des nationalen Wiederaufbaus hochgeschätzt.

9. Strikte Einhaltung der Politik, die von der Provisorischen Revolutionären Regierung der Republik Südvietsnam am 23. März beschlossen wurde: Alle Marionetten-Offiziere und Soldaten, Polizisten, Kriegsverweigerer, Veteranen und Zivilbedienstete, die die Reihen des Feindes verlassen und in die befreite Zone kommen, oder in den befreiten Gebieten bleiben und sich bei der revolutionären Verwaltung in Übereinstimmung mit den Bestimmungen der revolutionären Volksmacht melden, werden Hilfe bekommen, um ihren Lebensunterhalt zu verdienen, nach Hause zu gehen oder, wenn sie wollen, der neuen Regierung entsprechend ihren Fähigkeiten zu dienen. Ihre Verdienste werden belohnt, aber diejenigen, die gegen die Revolution arbeiten, werden streng bestraft. Verbrecher, die ernstlich Reue zeigen, werden begnadigt.

10. Leben und Eigentum ausländischer Einwohner wird geschützt. Alle ausländischen Einwohner müssen die Unabhängigkeit und Souveränität Vietnams respektieren und stützt alle Verfügungen und Bestimmungen der revolutionären Verwaltung beachten. Ausländische Einwohner, die sich am Kampf der südvietnamesischen Bevölkerung für Unabhängigkeit, Freiheit und nationalen Wiederaufbau beteiligen wollen, sind willkommen. Südvietsnam, 1. April 1975

vietnams

SPENDET
auf das Konto der
VIETNAM-HILFE
"Alles für den Sieg".

Otto Brunken
126/1783 Deutsche
Bank Dortmund

Über die Liste der dringendsten Bedürfnisse der indochinesischen Völker:

Wolldecken	Medikamente
Konserven	Nur:
Kindernahrung	Sulfonamide
Milchpulver	Glucose
Kinderkleidung	Vitamine
Nylonstoffe für Mäntel	Antibiotika
Stoff für Kleidung	
(Textilien bitte gereinigt)	
Sammelstelle für Sachspenden:	
Liga gegen den Imperialismus,	
5 Köln 1, Zugweg 10	

Wendet Euch an die ROTE HILFE

Zentrale: 5 Köln 30, Gumprechtstr. 6
Landesvorstand NRW/ 46 Dortmund, Burgholzstr. 13 (0231/813763)
Ortsgruppe Dortmund: Mo 17-19
Köln-Süd: 5 Köln 1, Severinstr. 55. Mo 17-19
Köln-Nord: "Niehler Klaus" Niehler Str., Mo 19.30-22
Münster: "Kronenburg" Hammerstr. 37, Di 19.30-22
Landesvorstand Bayern/ 8 München 80, Milchstr. 21
Ortsgruppe München: Mi 17-19
Augsburg-Oberhausen: Eichlerstr. 1 Fr 20-22
Nürnberg: "Loos-Garten", Glibtzenhofstr. 188, Do 20-22
Landesvorstand Hessen/ z. Zt. keine Büroadresse
Ortsgruppe Frankfurt:
Landesvorstand Nord: 2 Hamburg 50, Ottenser Marktplatz 7, (040/392673), Di und Fr 17-19
Hamburg: "Im Bierhaus", Schulterblatt, Mi 19.30
Bremen: "Zur Eiche", Vegesack, Georg-Gleistein-Str., Di 16-17
Landesvorstand Westberlin: 1-65, Togostr. 78 (030/4523021)
Mo-Fr 18-20
Moabit: "Wacholderbusch", Erasmusstr., Mi 20-22
Wedding: "Sprenghelstube", Sprenghelstr., Mi 19-22
Neukölln: "Parkrestaurant", Nogat-/Kirchhofstr., Mi 19.30-22
Kreuzberg: "Max und Moritz", Oranienstr. 162, Mi 19.30-22
Stuttgart: Cannstadt, Gaststätte "Rosenau", Hallstr., Fr 17-19

Bestellschein

Ich bestelle ab die ROTE HILFE - Zeitung zum Abonnement-Prels von

halbjährlich 4,80 DM
jährlich 9,60 DM

Förderabonnement
jährlich 20.- DM

Das Geld habe ich im Voraus auf das Vertriebskonto der ROTE HILFE Pöschel Dortmund 37683 - 467 überwiesen.

Name:
Adresse:
Beruf:

Unterschrift:

Einsenden an ROTE HILFE, 5 Köln 30, Gumprechtstr. 6

Beitrittserklärung

Ich möchte Mitglied der ROTE HILFE werden. Ich erkenne Programm und Statut an und verpflichte mich, monatlich DM Mitgliedsbeitrag zu zahlen.

Name:
Wohnort:
Straße:
Beruf:
Alter:

Unterschrift:

Konto-Nr. 001 096 214 Stadtparkasse Dortmund.

Einsenden an eine der ROTE HILFE-Büros!



Kämpfer der südvietnamesischen Befreiungsfront FNL werden von den Bewohnern der befreiten Gebiete herzlich begrüßt.

